

Bezugspreis:
Stückpreis 750 M., monatlich 2.00 M.,
vierteljährlich 6.00 M., halbjährlich 11.00 M.,
jährlich 20.00 M. ...

Vorwärts

Anzeigenpreis:
Die 10-zeilige Normalzeile
kostet 1.00 M., kleine Anzeigen,
das ist, die 6-zeilige Zeile,
kostet 0.75 M. ...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Abonnenten: Amt Marienplatz, Nr. 15190-15197.

Montag, den 24. März 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Abonnenten: Amt Marienplatz, Nr. 11753-54.

Parteitag zu Pfingsten!

Parteiausschuß und Fraktionsführung in Weimar.

Weimar, 23. März. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die
gemeinsame Konferenz von Parteivorstand, Partiausschuß,
Kontrollkommission und Fraktion der Nationalversammlung wurde heute
vormittag fortgesetzt. ...

In der Aussprache wurde die Angelegenheit der Presse, des
Bildungswesens, der Jugendorganisation der Frauenbewegung und
des ganzen Partiaufbaues gründlich durchgesprochen. ...

An dem Vorgehen der Regierungstruppen wurde in
der Debatte Kritik geübt. Ein Redner sprach die Befürchtung
aus, daß sich Koste zu stark von den Offizieren seiner Umgebung
beeinflussen lasse. ...

In seinem Schlusswort dankte der Vorstandsvorsitzende Hermann
Müller dem Genossen Koste für seine Verdienste um die Partei
und das deutsche Volk. ...

- 1. Resolution Fischer und viele, namentlich süddeutsche
Delegierte über demokratische Sozialisierung und Arbeiterräte;
2. Resolution Krüger zum Protest gegen den Gewalt-
frieden.

Kern wurde folgende Resolution Heinrich Schulz
eingeleitet:

Die revolutionären Umwälzungen der letzten Monate haben
die werdende Kraft des Sozialismus in außer-
ordentlichem Maße erhöht, wie sich aus den ständig
steigenden Mitgliederzahlen der sozialdemokratischen Vereine und
aus dem starken Interesse bisher indifferenten oder sogar feind-
lichen Kreise für die Gedankenwelt und die politischen Aufgaben
des Sozialismus ergibt. ...

Kern hat der vierjährige Kriegszustand und das materiell
so niederdrückende Ergebnis des Krieges für Deutschland in Ver-
bindung mit den verheerenden Wirkungen des Krieges in weiten
Kreisen eine starke Meinungsbildung erzeugt, die sich in einem
verzehrten und ertöteten Bedürfnis nach läuternder geistiger
Erneuerung äußert. ...

Eine Resolution Beitz-Waldenburg, welche die Einsetzung
zweier Kommissionen für den Ausbau der Parteiorganisation, der
Parteipresse und der Parteipresse fordert sowie eine Resolution
der Frauen auf vermehrte Einsetzung von weiblichen Partei-
sekretären und Aufhebung der „Weißkappe“ wurde dem Partei-
ausschuß übergeben. ...

Eine Protestversammlung gegen die
Unterdrückung Deutschböhmens

und die mörderischen Schießereien vom 4. März, der an 50 fried-
liche Demonstranten für das nationale Selbstbestimmungsrecht zum
Opfer gefallen sind, fand Sonntag in den Spichernsälen statt. ...

Sonderer Beratung die Stellung der Sozialdemokratie zu den
Arbeiterräten.

Scheidemann führte aus: Die Regierung hat sich gegenüber
den Forderungen der Arbeiterräte, weil darin ausgesprochen war,
daß alle Macht den A- und S-Räten in die Hände gegeben werden
müsse, ablehnend verhalten. ...

Scheidemann äußerte sich in diesem Zusammenhange auch
über die Vorgänge in Ungarn. Die bolschewistische Regie-
rung in Ungarn sei ein Ergebnis der imperialistischen Politik der
Entente.

Die Entente spiele mit dem Feuer.

wenn sie und nicht bald einen Frieden gibt, um vor einem Frieden
auf Grund der Wilsonschen Thesen. Ein armütteres Deutschland,
dem man eine Stadt wie Danzig und das Saargebiet nimmt, wäre
reiß für den Bolschewismus. ...

Das vom Berliner Zentralrat trat für den syndikalistischen
Vorstoß ein. Ohne ein solches Entgegenkommen werde in der
Arbeiterschaft keine Ruhe einreten.

Segen wandte sich gegen alle Anpreisungen in der Räte-
frage. Die Politik des Entgegenkommens könnte sich hier verhäng-
nisvoll erweisen. Die wirtschaftliche Interessensvertretung der
Arbeiterschaft seien die Gewerkschaften. ...

Singheim-Frankfurt legte dar, daß die neu zu schaffenden
Interessenvertretungen nur ein neuer Bau der seit langem ge-
schichteten Arbeitskammern seien. Diese paritätisch zu-
sammengesetzten Institutionen könnten sehr wohl an der Verwaltung
und Gleichgültigkeit mitwirken. ...

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Lohnkampf in der Berliner
Metallindustrie?

Von D. Gramm.

Vorbemerkung der Redaktion: Wir ver-
öffentlichen die folgenden Darlegungen von der Auf-
fassung ausgehend, daß eine offene Aussprache das beste
Mittel ist, drohende Konflikte zu vermeiden. ...

Aus dem durch die Revolution zur Anerkennung gebrach-
ten Grundgesetz des „Rechts auf Arbeit“ folgt natur-
gemäß auch die im wohlverstandenen Allgemeininteresse
liegende Forderung der „Pflicht zur Arbeit“. ...

Viel soziale Fortschritt, der meines Wissens bisher in
keinem anderen Kulturlande in so konsequenter Weise durch-
geführt worden ist wie bei uns, bedingt indes nicht nur eine
ethisch hochstehende Arbeiterklasse, sondern legt vor allem
auch ein einsichtiges Unternehmertum voraus. ...

Aber es ist nicht damit getan, daß wir immer und immer
wieder an die Arbeiter den Ruf richten: Arbeiter!
Streikt! Streikt! Streikt! Sondern auch an die Unternehmer müssen
wir uns wenden — und an sie vor allem —, sie dürfen nicht
mehr den gerechten Arbeitslohn verweigern. ...

Anderes ist das bei den in Handel und Industrie beschäf-
tigten Privatangehörigen, den Handlungs-
gehilfen, Anarbeitern, Technikern usw. Diese
Arbeitnehmerklasse ist hinter den Handarbeitern in der Ent-
lohnung vielfach zurückgeblieben; die Angestellten haben es
eben nicht verstanden, die Konsumkraft auszunutzen. ...

**Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutsch-**  
**lands** gegründet worden mit der ausgesprochenen Absicht,  
dem sozialen Frieden zu dienen; und die Kartelle der Ange-  
stelltenverbände gehören dieser Arbeitsgemeinschaft auch an,  
aber anscheinend nur rein platonisch. Das Unternehmertum  
steht in seiner Gesamtheit den Angestelltenverbänden noch  
immer mehr oder weniger ablehnend gegenüber. So haben  
sich trotz mehrfacher Aufforderung die Arbeitgeberorganisa-  
tionen der Gesundheitsindustrie, der „Arbeitgeber-  
verband für das Kohrlegergewerbe“ und der  
„Verband der Zentralheizungsindustri-  
ellen“, bis heute noch nicht bereit gefunden, mit den Ange-  
stellten über ein Kollektivabkommen zu verhandeln. Mit  
dem Verband Berliner Metallindustrieller  
wird schon seit Ende Dezember über einen Tarifvertrag ver-  
handelt, der jetzt — nach drei Monaten — endlich zu einem  
Behaltsprovisorium geführt hat, welches den Angestellten  
aber so wenig bringt, daß seine Annahme sehr fraglich ist.  
Und dieses Provisorium ist auch noch nicht einmal lediglich  
durch Verhandlungen zwischen dem Unternehmerverband  
einerseits und den Angestelltenverbänden andererseits zu-  
stande gekommen, sondern es mußte erst ein Schiedsgericht  
angerufen werden, welches am 10. d. M. den in der Morgen-  
ausgabe des „Vorwärts“ vom 12. d. M. veröffentlichten  
Spruch fällte. Die Unternehmer haben sich jedoch selbst mit  
dieser durchaus ungenügenden Behaltsregelung nicht einver-  
standen erklärt und es fertiggebracht, daß die Einigungs-  
kommission eine von ihnen verlangte Auslegung vorgenommen  
hat, die das wenige, was den Angestellten hier gegeben wer-  
den sollte, einem nicht unerheblichen Teil derselben wieder  
nimmt. Ob sich die Angestellten mit dieser „Behaltsregelung“  
einerseits und den Angestelltenverbänden andererseits zu-  
sande gekommen, sondern es mußte erst ein Schiedsgericht  
angerufen werden, welches am 10. d. M. den in der Morgen-  
ausgabe des „Vorwärts“ vom 12. d. M. veröffentlichten  
Spruch fällte. Die Unternehmer haben sich jedoch selbst mit  
dieser durchaus ungenügenden Behaltsregelung nicht einver-  
standen erklärt und es fertiggebracht, daß die Einigungs-  
kommission eine von ihnen verlangte Auslegung vorgenommen  
hat, die das wenige, was den Angestellten hier gegeben wer-  
den sollte, einem nicht unerheblichen Teil derselben wieder  
nimmt. Ob sich die Angestellten mit dieser „Behaltsregelung“

Die Angestellten waren bisher zu zaghaft in ihren For-  
derungen, sie haben sich durch schöne Redensarten ihrer Ar-  
beitgeber immer über die Tatsache hinwegtäuschen lassen, daß  
auch sie nur Proletarier sind und um die Anerkennung des  
Wertes ihrer Arbeit kämpfen müssen. Das ist die Folge  
ihrer bisherigen Interesslosigkeit und ihrer Indolenz gegen-  
über gewerkschaftlichen Organisationen, daß man sie nicht  
gähelt, weil man sie nicht fürchtet. Bis zum Ausbruch der  
Revolution war der Gedanke gewerkschaftlicher Betätigung  
der überwiegenden Mehrheit der Angestellten fremd geblie-  
ben. Zwar bestanden recht löcherliche Verbände von Privat-  
angestellten, namentlich für Handlungsgehilfen, aber das  
waren keine Gewerkschaften. Diese Verbände standen dem  
Kampfgedanken völlig ablehnend gegenüber, sie hielten sich  
mehr bei jeder Gelegenheit um die Gunst des Unternehmertums.  
Das trat besonders in die Erscheinung, als die „Arbeits-  
rat“ und der „Centralverband der Handlungs-  
gehilfen“ für einbeiteiliche Arbeitnehmerpolitik eintreten.  
Die Harmonieverbände forderten im Gegensatz hierzu eine besondere  
gesetzgeberische Aktion für die Privatangestellten. Bei dieser  
Gelegenheit biederten sich diese Arbeiterorganisationen, von denen  
besonders der „Deutschnationale Handlungsgehilfen-  
verband“, der „Berliner Handlungs-Kommission von 1858“  
zu erwähnen sind, bei den Arbeitgebern an und be-  
kämpften mit diesen gemeinsam die Gewerkschaften.

So haben die Angestellten, die sich leider in großer Zahl  
diesen Harmonieverbänden angeschlossen hatten, selbst das An-  
sehen bei dem Unternehmertum verlohren und das rächt sich heute  
bitter. Zwar sind nach Ausbruch der Revolution die Angestellten  
in Scharen in das Lager der gewerkschaftlichen Angestelltenver-  
bände geströmt, aber noch gehören Hunderttausende den Har-  
monieverbänden an. Anpassungsfähig wie sie sind, haben diese  
sich nach Ausbruch der Revolution allerdings schnell ein gewerkschaftliches  
Mantelchen umgehängt, womit sie den alten faden-  
schleimigen Rock zudecken wollten, der gewebt ist aus dem müden  
Haben der sogenannten Interessensharmonie zwischen Kapital und  
Arbeit.

Solange die Angestellten sich noch nicht losgerafft haben von  
diesen Verbänden, solange sie noch nicht erkannt haben, daß nicht  
der Name das Wesen der Gewerkschaft ausmacht und sich durch  
den Namen „Gewerkschaftsbund“, unter dem sich die obengenannten  
Verbände jetzt verbergen, irreführen lassen, solange werden  
sie den Arbeitgebern auch keine Achtung abzwingen können.

Die Arbeitgeber trauen den Angestellten nicht zu, daß sie zu  
kämpfen bereit sind, deswegen wagen sie es auch, ihre durchaus  
berechtigten Forderungen abzulehnen.

So sehr auch zu wünschen ist, daß endlich einmal Ruhe ein-  
zieht in unser Wirtschaftsleben und so sehr auch die Angestellten  
der Berliner Metallindustrie bereit waren, im Interesse unserer  
Wirtschaft ihre durchaus maßvollen Forderungen zurückzustellen,  
so ist doch jetzt durch das Verhalten der Unternehmer das  
Maß zum Überlaufen gefüllt worden.

Was ist die Folge?  
Dieselbst entzündet in Berlin wieder ein Kampf, der ge-  
waltige Dimensionen annehmen kann, denn es handelt sich um  
etwa 40 000 Angestellte. Wenn diese geschlossen die Arbeit nieder-  
legen, so sind auch Hunderttausende von Arbeitern zur Arbeits-  
ruhe verurteilt.

Wer trägt die Schuld?  
Einzig und allein die Berliner Metallindustriellen! Sie  
wissen ganz genau, wie schwer ein solcher Kampf unser Wirt-  
schaftsleben treffen muß, sie hätten deshalb den Angestellten ent-  
gegenkommen müssen. Sollen denn die Angestellten immer die  
Nachgebenden sein? Sollen die Unternehmer Millionen und  
aber Millionen aus den Betrieben herausdrücken, um sie  
noch so schnell als möglich vor der drohenden Besteuerung zu  
retten, während sich die Angestellten mit einem Hungerlohn be-  
gnügen und mit ihren Familien darben müssen? Nein! Das  
darf in Deutschland nicht mehr möglich sein, ich bin daher über-  
zeugt, daß die Angestellten, sollte es zum Kampfe kommen, die  
Sympathie und wenn nötig die Unterstützung aller Arbeiter fin-  
den werden.

## Parteitag zu Pfingsten!

(Schluß von der ersten Seite.)

Genosse Bauer schlägt einen Mittelweg ein. Die Gewerkschaften  
sollen nach wie vor notwendig zur Erreichung möglichst günstiger  
Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die neuen Organe, ganz gleich,  
wie man sie nenne, sollten dann aber die Durchführung dieser ge-  
werkschaftlichen Ertragsgewinne wachen. Man müsse sich aber vor  
der reaktionären Forderung der Schaffung einer Stände-  
kammer hüten. Nach weiterer Aussprache gelangt gegen vier  
Stimmen bei einigen Stimmenthaltungen folgende von Fischer  
und den sächsischen Delegierten eingebrachte Resolution zur An-  
nahme:

Die Konferenz lehnt jede Form der Winderheitsherrschaft ab  
und bekämpft sich gemäß dem Befehl Programm zu den Grund-

sätzen der Demokratie. Sie fordert deshalb, daß das all-  
gemeine, gleiche, geheime und unmittelbare Wahlrecht für alle  
über 20 Jahre alten Männer und Frauen für alle gesetzgebenden  
und öffentlichen Verwaltungskörperschaften in der Verfassung  
festgelegt werde. Sie fordert weiter schnelle Maßnahmen zur  
Demokratisierung der Verwaltung in Reich, Staat und Gemeinde.  
Die Demokratie soll vor allem das Mittel zur Umwandlung der  
kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische sein. Die Sozialisierung  
kann in einem durch mehr als vier Kriegsjahre verarmten  
Land nur schrittweise erfolgen, aber sie muß in den  
bedürftigsten Wirtschaftszweigen, z. B. Bergbau, Energieerzeugung,  
Stahlproduktion und Verkehrsgewerbe, unverzüglich in Angriff  
genommen werden. Zur Mithilfe an Sozialisierungsmassnahmen zur  
Kontrolle sozialistischer Betriebe zur Ueberwachung der Gütererzeugung  
und Verteilung im gesamten Wirtschaftsleben sind gesetzlich geordnete  
Arbeitervertretungen zu schaffen. In dem zu diesem Zweck schen-  
klich zu schaffenden Gesetz sind Bestimmungen zu treffen über die  
Wahl und Aufgaben von Betriebs-, Arbeiter- und Ange-  
stelltenräten, die bei der Regelung der allgemeinen Arbeits-  
verhältnisse gleichberechtigt mitzuwirken haben.

Es sind weitere Bezirksarbeiterräte und ein Reichs-  
arbeiterrat vorzusehen, die vor dem Erlaß wirtschaftlicher  
und sozialpolitischer Gesetze ebenso wie die Vertretungen aller  
übrigen schaffenden Stände gutachtlich zu hören sind und selbst  
Anträge auf Erlaß solcher Gesetze stellen können. Die entsprechen-  
den Bestimmungen sind in der Verfassung der Deutschen Republik  
festzulegen.

Zur Durchsetzung der vollen Demokratie in der Ge-  
setzgebung und Verwaltung und zur Durchführung der Sozialisierung  
bedarf es der starken sozialdemokratischen Organisation, die in  
kollaborativer Arbeit die Massen in Stadt und Land aufzufächeln  
und für die Durchsetzung der sozialistischen Ziele gewinnen muß.  
Um eine enge Fühlung mit dem arbeitenden Volk herzustellen, ist  
in den Organisationen das System der Betriebsvertrauensleute  
auszubauen. Zur Belebung der sozialdemokratischen Organisations-  
und Aufklärungsarbeit, zur Vorbereitung für die sozialistische  
Presse, zur Stärkung der Parteifinanzen soll spätestens in der  
Pfingstwoche ein Parteitag stattfinden. Ferner sind sofort im ganzen  
Land Kreis- und Bezirkskonferenzen abzuhalten, in denen auf enge  
Fühlungnahme zwischen Orts- und Bezirksorganisationen hinzu-  
arbeiten ist.

Ferner wurde gegen eine Stimme folgende von Krüger ein-  
gebrachte Entschließung angenommen:

Der Abschied des Krieges steht bevor. Deutschland hat im  
Vertrauen auf die in den 14 Punkten Wilsons festgelegten  
Friedensgrundsätze die Waffen niedergelegt. Die früheren deut-  
schen Machthaber, gegen die allein die Entente noch ihren Er-  
klärungen den Krieg geführt hat, der Militarismus und die  
Huntermorde, sind durch die Revolution hinweggefegt. Die deutsche  
Republik wird ein Eckstein des Weltfriedens sein. Das deutsche  
Volk will einen dauernden Frieden, der alle Völker zur Freundschaft  
und zu gemeinsamer Kulturarbeit bereinigt.

Die am 22. und 23. März tagende Konferenz des Parteivor-  
standes, des Kontrollkommissionen, des Parteiausschusses und der  
Nationalversammlung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands  
erneuert das programmatische Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht  
der Völker und nimmt dieses Recht auch für das deutsche Volk  
in vollem Umfang in Anspruch. Wir erheben daher feierlich  
Einspruch gegen jede Vergrößerung deutscher Besitzungen,  
wie sie in Polen und Westpreußen, mit dem ferndeutschen  
Danzig, in Ostpreußen, Schlesien, Ostoberschlesien, im  
Saarrevier und im Emsland und in Deutschland von feindlicher  
Seite geplant ist.

Sie vermahnt sich in gleicher Weise gegen jeden Versuch, durch  
unerträgliche materielle Belastung das deutsche Volk für die  
Dauer in wirtschaftlicher Sklaverei zu halten und seine  
Wiedererhebung zu verhindern. Sie beansprucht für Deutschland  
die gleichberechtigte Zugehörigkeit zum Völkerverbund,  
dem anzugehören das deutsche Volk durch seine Kulturarbeit  
und seinen aufrichtigen Friedenswillen wohl auch würdig ist.

Die Sozialdemokratische Partei warnt darum mit vollem  
Eifer vor jeder Vergrößerung des deutschen Gebietes, und legt  
den Schützenden die vollste Verantwortung für die Folgen ihres  
Tuns, die daraus entstehenden Gefahren neuer Kriege und den  
drohenden Weltbrand des Bolschewismus vor der Geschichte und  
vor der Menschheit auf. Sie ruft das internationale Proletariat  
und die aufrichtigen Freiheits- und Friedensfreunde aller Völker,  
zumal der feindlichen Völker auf, ihr in diesem Kampfe für  
Recht und Völkerfreiheit und damit für dauernden Weltfrieden  
fest zur Seite zu stehen.

Hierauf schloß Genosse Biele die Konferenz mit dem Hinweis  
auf die Wichtigkeit der gefassten Beschlüsse, die für den zu Pfingsten  
wohlwärtlich noch Weimar einuberufenen Parteitag wert-  
volle Grundlagen bieten.

## Sunkspruch Budapest-Moskau.

Ungarn bittet um ein Bündnis.

Budapest, 23. März. Am Sonnabend nachmittag 5 Uhr  
trat die ungarische Räterepublik im Wege der Tele-  
graphischen Kommunikation mit der russischen Räterepublik  
in Verbindung, indem sie an Moskau zu Händen Lenins  
folgenden Spruch abgab:

Das ungarische Proletariat, welches gestern nachts die ganze  
Einheitsfront an sich gebracht hat, hat die Diktatur des Pro-  
letariats eingeführt und begrüßt Sie als Führer des inter-  
nationalen Proletariats. Die Übergabe Ihnen den Ausdruck  
unserer revolutionären Solidarität und Entzieten unserer Grundsätze  
dem ganzen revolutionären russischen Proletariat. Die Partei  
der Sozialdemokraten hat sich auf den Standpunkt der  
Kommunisten gestellt. Die beiden Parteien wirken im Einvernehmen  
und wir nennen uns, solange der Moskauer Kongreß seinen einheitlichen  
Ziel für und festhält, ungarische Sozialistenpartei. Wir erheben  
in dieser Hinsicht entsprechende Forderungen. Der Rat der Volksbeauftragten  
hät gerade jetzt Sitzung. Genosse Bela Kun ist Volkskommissar  
für auswärtige Angelegenheiten. Die ungarische Räterepublik  
erlaubt sich ein Schutz- und Trutzbündnis der russischen  
Sowjetregierung. Die Völker in der Hand bieten wir familiären  
Freunden des Proletariats Zeug und bitten um sofortige Mitteilung  
über die militärische Lage.

Abends 9 Uhr 10 Minuten traf folgende Botschaft aus  
Moskau ein:

Wir freuen uns sehr über den revolutionären Schritt der  
ungarischen Räterepublik und insbesondere dem Genossen Bela Kun.  
Ihre Botschaft habe ich in diesem Augenblick dem Kongreß der  
Kommunistenpartei des bolschewistischen Rußland mitgeteilt. Sie  
wurde mit unerschütterlicher Begeisterung aufgenommen. Um die  
Beschlüsse des Moskauer Kongresses und ebenso den Bericht über die

militärische Lage mitzutellen, ist es unbedingt notwendig,  
zwischen Budapest und Moskau eine ständige drahtlose  
Verbindung aufrechtzuerhalten.

Mit kommunistischen Gruß und Göttergruß Lenin.

Es ist einigermaßen auffällig, daß Lenin auf das Angebot  
eines Schutz- und Trutzbündnisses keine direkte Antwort gibt.

## Erste Sitzung der neuen Regierung.

Budapest, 23. März. Das ungarische Telegr.-Korr.-Bureau  
meldet: Der revolutionäre Regierende Rat hielt  
Sonnabend unter dem Vorsitz von Alexander Barbai seine erste  
Sitzung ab, in welcher folgende wichtigere Beschlüsse gefaßt wurden:  
Abkündigung von Rang und Titel, Trennung von Kirche und Staat,  
Abkündigung aller Monopolverträge für kirchliche und konfessionelle  
Zwecke. Gleichzeitig wurden die Volkskommissare für Unterricht,  
Ackerbau und Finanzen angewiesen, zur Erledigung der hiermit  
zusammenhängenden Fragen eine Verordnung auszuarbeiten. Der  
revolutionäre Regierende Rat entsandte eine Räterepublikation  
zum Zwecke der Vorbereitung der Wahlen der Arbeiter-, Soldaten- und  
Bauerntäte. Der Rat beschloß, sämtliche Regierungskommissare zu entlassen und forderte  
die Arbeiterräte auf, überall bezugsfähige Direktorien zu wählen,  
welche die Geschäfte der bisherigen Regierungskommissare zu  
verleihen haben. Der revolutionäre Regierende Rat wird aus  
Volksrichtern bestehende Revolutionsgerichte bilden. Der erste  
Revolutionssperichhof mit dem Sitz in Budapest wurde  
sogar errichtet. Der revolutionäre Regierende Rat wies die Volks-  
kommissare an, Vorschläge über die Sozialisierung der Häuser und  
Betriebe binnen kürzester Zeit dem Räte vorzulegen. Sämtliche  
Behörden wurden verpflichtet, amtliche Verordnungen des Revo-  
lutionären Regierenden Rates am leitenden Stelle zu veröffent-  
lichen.

## Volkskommunistischer Hebereifer.

Budapest, 23. März. Die revolutionäre Regierung ernannte  
drei Volkskommissare für die Hauptstadt Budapest. Für  
genauere und Pöngistat böten ihre Entlassung an, wurden aber  
erlaubt, auf dem Boden zu verbleiben. Ebenso wurden  
die Arbeiter und Angestellten aller Betriebe, Schulen und  
Büros aufgeführt, bis auf weiteres auf ihren Plätzen zu ver-  
bleiben. Den Vätern zufolge, wurden sämtliche Selbstinstitute  
Budapests heute militärisch besetzt.

Budapest, 23. März. (Ungarisches Telegr.-Korr.-Bureau.)  
Sonnabend vormittag haben Truppen des Stadtkom-  
mandos infolge eines Mißverständnisses einige  
Banken besetzt und die Beamten nach Hause geschickt. Infolge-  
dessen konnten mehrere Fabriken ihren Arbeitern den Lohn nicht  
auszahlen. Der Volkskommissar für Finanzen hat sofort die Auf-  
hebung dieser Verfügung angeordnet. Die ausbleibende Lohn-  
zahlung findet am Montag statt, so daß die Arbeiter keinen Anlaß  
zur Unruhe haben.

## Die Arbeiterräte Deutschösterreichs an die Ungarn.

Wien, 23. März. (Korr.-Bureau.) In der „Arbeiterzeitung“  
antwortet der Reichsvollzugsausschuß der Arbeiter-  
räte Deutschösterreichs auf den Ruf der Räteregierung  
Ungarns sich anzuschließen, indem er unter der Bedingung, daß die  
imperialistischen Sieger heute die Hauptrolle sind, die Erhebung  
des Proletariats Ungarns gegen die Entente herbeiführt und  
bestenfalls möglich, zugleich aber festhält, daß das österreichische  
Proletariat zuerst dem Beispiel unabhingig folgen  
kann. „Wir ähnen es von Herzen gern“, heißt es in der Antwort,  
„aber zur Stunde können wir leider nicht.“ In unserem  
Land sind keine Lebensmittel mehr. Wenn wir  
keine Hilfe folgen, dann würde uns der Antitelekapitalismus un-  
erbittlich die letzte Souveränität abschneiden und eine Hungerkata-  
strophe herbeiführen. Unsere Abhängigkeit von der Entente ist eine  
vollständige. Wohl aber ist es unsere heiligste Pflicht, für alle  
Fälle gerüstet zu sein. Revolutionsrat der Arbeiter an die  
Räteregierung, die Räteregierung schnellstmöglich auszubauen,  
Kampfbereit stehen auch wir, gewillt das zu erfüllen,  
was die geschichtliche Notwendigkeit fordert wird.

## Lenin verbürgerlicht.

Der 8. Moskauer Kommunistenkongreß.

Stokholm, 23. März. Wie ein Sunkspruch aus Moskau  
meldet, ist am 12. März der acht Kongreß der russischen Kom-  
munistischen Partei in Moskau eröffnet worden. Nach  
Begrüßung des Kongresses durch den Volksbeauftragten Losowski  
hielt Lenin eine Rede, in der er sich gegen die von Budarin  
vorgeschlagene Formel „Selbstbestimmung der arbei-  
tenden Klassen“ wandte, da diese Formel die Arbeiterklassen  
im Ausland gegen den Bolschewismus einnehmen könnte in der  
Annahme, daß die Volkswirtschaft ihr System mittels der Sowjetie  
den roten Armees mit Gewalt einführen wollen. Der Kommu-  
nismus könne nicht mit Gewalt herbeigeführt werden.  
Jede Nation müsse das Recht auf Selbstbestimmung erhalten,  
da nur hierdurch auch das Selbstbestimmungsrecht der arbeitenden  
Klassen gefördert werden könne.

Besonders der Bauern der russischen kommunistische  
Partei die Partei, die Bauern allmählich und planmäßig an dem  
Aufbau des Sozialismus teilnehmen zu lassen, indem man die  
Bauern von den ländlichen Bauern absondere und sie durch auf-  
merksame Behandlung ihrer Bedürfnisse auf die Seite der arbei-  
tenden Klasse herüberziehe.  
Von besonderer Wichtigkeit sei die Lösung der Frage der bür-  
gerlichen Facharbeiter. Um diese Arbeiterklasse für den  
Sozialismus zu gewinnen, müsse man gewisse Opfer bringen und  
den Facharbeitern eine gute Existenzmöglichkeit bieten. Der Kampf  
mit der Bürokratie könne nur dadurch zu einem guten Ende ge-  
führt werden, daß die ganze Bevölkerung an der Ver-  
waltung teilnehme. Niemand sei es eingelassen, die Bour-  
geoisie aus den Sowjets auszuschließen, sondern diese habe ihre  
Mitwirkung selbst verweigert. Nachdem der Kampf gegen die Bour-  
geoisie auf dem Lande erfolgreich beendet und das bäuerliche Halb-  
proletariat organisiert sei, gelte es jetzt, auch den mittleren  
Bauernstand zu einem Verbündeten und Freund der kommunistischen  
Revolution zu machen.

Endlich wies Lenin noch darauf hin, daß die hauptsächlichste  
Aufgabe der russischen kommunistischen Partei darin bestehe, die  
rote Armee nach sozialistischen Gesichtspunkten zu organisieren  
und durch Festzüge ihr Werk zu vollenden.

Verbesserung der Kriegsgefangenenverhältnisse in England. Das  
Londoner Kriegsamt gibt bekannt, daß die Nationen für die Kriegs-  
gefangenen erhöht worden sind. Die Gefangenen erhalten jetzt täg-  
lich 7 1/2 englische Unzen Brot und 6 Unzen Mischfutter, 6 1/2 Unzen  
Fleisch, einmal in der Woche 3 1/2 Unzen Speck, 1/4 Unze Tee oder  
1/2 Unze Kaffee, 20 Unzen Kartoffeln und 1 1/2 Unzen Margarine. Die  
Kriegsgefangenen, die schwere Kriegsarbeit zu verrichten haben, wer-  
den eine tägliche Zulage von 1 Unze Margarine oder Speisefett er-  
halten.

# Gegen die Zerstückerung Deutschlands.

In zwei Riesensammlungen im Zirkus Busch und im Sportplatz wurde Sonntag gegen die Axtentate auf unser Selbstbestimmungsrecht und unsere nationale Einheit protestiert. Dabei führte Reichsminister Erzberger

u. a. aus:  
Wilson verlangt für Polen: Die Zusammenfassung aller unbesetzten polnischen Bevölkerungen — einen freien Zugang zum Meer — wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit sowie territoriale Unverletzlichkeit.

Wenn wir uns diese drei Punkte ansehen, so müßte es nicht schwer sein, bei allickem guten Willen eine befriedigende Lösung zu finden. Aber die Polen wollen diese Lösung gar nicht, sondern ziehen den Weg der brutalen Gewalt vor. Alle gemäßigten Gebiete und auch rein deutsche Gebiete in den östlichen Provinzen des Deutschen Reichs sind den Polen von vornherein das, was Wilson „unbesetzten“ polnische Gebiete nennt. Sie haben sich in Polen der Regierung bemächtigt, der öffentlichen Einrichtungen und des staatlichen Eigentums. Bei den Verhandlungen in Vosen handelte es sich um die Einsetzung einer Vorläufigen und einer Oberkommission zur Entscheidung von Verdrägen Deutschlands gegen polnische Behörden und Umkehr. Die deutsche Delegation schlug vor: 1. ein Mitglied der preussischen Regierung, 2. ein von der Interalliierten Kommission ernanntes Mitglied sowie 3. ein von dem Bundespräsidenten der Schweiz oder dem Papst zu ernennendes Mitglied. Die Alliierten dagegen verlangten einen Wiener, einen Deutschen, einen Polen und zwei noch zu kooperierende Mitglieder, um auf jeden Fall eine alliiert-polnische Mehrheit zu haben. Das ist ungeheuerlich. Diese Oberkommission hätte man nur als eine polnisch-alliierte Kommission bezeichnen können, mit einem Deutschen als drittseitigen Konzeptionschreiber. Dafür haben wir uns bedankt.

Die deutsche Bevölkerung in Vosen wird in der unerhörtesten Weise terrorisiert, und diese Verdrängung hätte in einer solchen Oberkommission ihr Recht finden sollen? Die Oberkommission in der von den Alliierten gewollten Form wäre ein Organ der Ungerechtigkeit und Vergewaltigung gewesen.

Darum hat die deutsche Regierung daran festgehalten, daß in Vosen Vorarbeiten neben einem Deutschen und einem zweiten Mitglied, das von der Interalliierten Kommission zu ernennen gewesen wäre, der Vorsitzende von einer unparteiischen Instanz, wie dem Papst oder dem Schweizer Bundespräsidenten, ernannt werden sollte. Dies neutrale Mitglied ist von dem französischen Vorkämpfer Rouleux nicht abgelehnt worden.

Die deutsche Delegation hat im Auftrag der deutschen Regierung auch nicht mit den Polen verhandelt, sondern lediglich eine wichtige Anfrage an sie richten wollen, zu der Gang und Ergebnis der Verhandlungen einreichenden Anlaß boten. Von Verhandlungen mit den Polen kann keine Rede sein; also auch nicht von einer Anerkennung der auf deutschem Boden geschaffenen Verhältnisse. Die Frage der Auslieferung der Oberkommission war der Kernpunkt der Verhandlungen. Dessen war sich sowohl Rouleux als wir wohl bewußt. Darum hat auch Rouleux die Verhandlungen abgebrochen, weil wir ihn in diesem Kernpunkt nicht zu Willen waren.

Wir haben für den Schutz der Minderheiten die nötigen Garantien schaffen wollen. Die Alliierten haben diese Garantien abgelehnt und sich damit

für die Ausdrückung der Minoritäten erklärt. Das ist keine gerechte und offene Politik. Was wollen also die Alliierten mit der polnischen Lebnung in Danzig:

Sie wollen Danzig und Westpreußen besetzen. In Danzig und Westpreußen aber herrscht Ordnung. Diese Gebiete verpflegen sich selbst. Sie würden lieber Hungers sterben, als sich von den Polen um den Preis einer Besetzung verpflegen zu lassen. Aber die Polen und Alliierten wollen gar nicht die Ordnung aufrechterhalten und die Verpflegung in Danzig und Westpreußen übernehmen. Das gerade Gegenteil davon ist ihre Absicht. Sie wollen einen Anlaß haben, um auch hier, ebenso wie in Vosen, mit Gewaltmaßnahmen gegen die deutsche Bevölkerung vorzugehen.

Erinnern wir uns an das Wort, das Paderewski im Dezember vorigen Jahres in Danzig sagte: „Wenn die polnischen Diktatoren aus Frankreich und Italien erst einmal in Danzig wären, so werden Danzig und ganz Westpreußen polnisch werden.“ Das deutsche Volk erhebt einmütig den feierlichen Protest dagegen, daß ein in seiner überwiegenden Mehrheit deutsch und deutschsprachiger Teil seines Gebietes vergewaltigt werden soll, damit die Leiden der französischen und polnischen Großhändler sich möglichst rasch und bequem füllen. Die ganze Welt, wenn es ihr ehrlich um den Kampf gegen jede Unterdrückung wäre, müßte in diesen Protest einstimmen.

Ich frage mich:  
Was sagt Wilson zu diesem trassen Annerkennungsmißbrauch, zu all den Konventionen, die sich für Franzosen und Polen an das Wort Danzig knüpfen? Er sagt: „Jedem Volk, das sich um die volle Entwicklung seiner Mittel und seiner Macht bemüht, sollte, soweit wie irgend möglich durchführbar, ein direkter Zugang zu den großen Verkehrsstrahlen des Meeres gesichert werden. Wo dies nicht durch Abtretung von

Territorien geschehen kann, kann es zweifellos durch Neutralisierung direkter Verkehrswege erreicht werden.“ Es ist ganz fraglich, daß Wilson hier nur Polen gemeint hat. Deutschland ist bereit zu einer Neutralisierung der Weichsel und ist bereit zu einer Verankerung dieser Neutralisierung im Völkervertrag. Es bedarf also keines brutalen Annerkennungsmißbrauches, damit die Polen ans Meer gelangen, es bedarf keines territorialen Konzesses, es bedarf keiner Annerkennung Danzigs. Selbst ein Lord George tritt den polnisch-französischen Annerkennungsmißbräuchen entgegen. Wenn die Weltberichterichter stimmen, bewegt sich keine Lösung in denselben Verhandlungen wie die unsrige; Neutralisierung der Weichsel, was Danzig als Freihafen einschließen würde.

Das Gefühl, über Deutschland triumphieren zu können, hat den Franzosen den Wind für eine Politik auf weite Sicht völlig getrieblt. Der Bolschewismus pocht an dem Osttore des deutschen Reiches, um Einlaß zu finden, um das Regiment des Schreckens und der Vernichtung aufzurichten und sich eine Plattform zu schaffen, um die Weltrevolution herbeizuführen. England und Amerika scheinen die Gefahr endlich eingesehen zu haben und drängen auf raschen Friedensschluß.

Frankreich lebt weiter im Wahn, das 18. und 19. Jahrhundert auf dem Theater der Welt noch einmal aufzuführen zu können.

Der beste Stamm im Osten sind klare und sichere Verhältnisse. Die auf dem festen Fundament des Respektes vor der nationalen Einheit ruhen. Das deutsche Volk kann und wird einen Frieden, der mit der Annerkennung von Danzig, Westpreußen und eines Teiles von Oberschlesien belastet wird, nicht unterzeichnen. Was dann kommt, dafür überlassen wir die Verantwortung einzig und allein der Entente.

Die Franzosen scheinen ihrer Macht- und Macht such nach eine Rechtfertigung geben zu wollen, daß sie sich hinter den Frieden von 1871 verschülden und ihn kopieren.

Deutschland ließ die Bevölkerung von Paris nicht 4 Monate und länger hungern. Deutschland bedauert nach dem Waffenstillstand auch die Kriegsopfer nicht länger. Deutschland hat die Hinderte auch nicht die Vertreter des einflussreichsten Volkes an der Nationalversammlung in Verden teilzunehmen, wie Frankreich es getan hat. Deutschland berechnete nicht die Kosten für den ganzen Apparat des Besatzungsheeres, wie die Alliierten es tun, sondern nur Unterbringung und Verpflegung. Sofortige Herausgabe unserer Kriegs- und Abfertigungen, sofortige Aufhebung der Hungerblockade sind die Punkte, in denen wir fordern, daß die Franzosen und mit ihnen die Alliierten endlich dem deutschen Beispiel von 1871 folgen. Als dritte Forderung stellen wir auf: Die sofortige Abnahme der besetzten Gebiete. Deutschland kann nur dann seinen Verpflichtungen nachkommen, wenn es völlige Bewegungsfreiheit besitzt und alle Einengungen, die eine Okkupation mit sich bringt, beseitigt sind.

Das Friedensjahr 1919 soll ein Märchen sein in der Geschichte der Menschheit. In diesem Weltkriege hat das alte System sich zu Tode getraut.

Eine neue Zeit soll anbrechen nach der schweren Leidensstunde, durch die alle Völker gegangen sind. Der Tempel des Völkervertrages, der durch so viel Leid geläutert wurde, neue politische Methoden sollen das Zusammenleben der Völker regeln, das Recht soll herrschen, die Gewalt soll abgetan sein. Aber der kommende Friede kann nur dann Bestand haben, wenn das deutsche Volk ihm innerlich zustimmt. Eine Erpressung der Unterzeichnung des Friedens ist keine Garantie für den Weltfrieden. Einen Frieden der Freiheit, der Gerechtigkeit und der ruhigen Entwicklung verlangt Deutschland nicht nur für sich, sondern für die gesamte Menschheit.

Im Zirkus Busch sprachen auch unsere Genossen Lademann, Eduard Bernstein und General Dr. Rudo Hartmann.

Strandemonstration.

Im Anschluß an die Strandemonstration fanden große Strandemonstrationen nach dem Reichslangierpalais statt. Im Zuge wurden Schilder geführt mit den Aufschriften:

- 1. Wir stehen fest zu Wilsons 14 Punkten!
- 2. Wir beschließen aufs neue: Wilsons 14 Punkte sind auch die unsrigen!
- 3. Wir wollen nichts, als die uns verheißene Gerechtigkeit!
- 4. Für Deutschlands Einheit!

Vor dem Reichslangierpalais verlangte Wdo. Kreibitz von Reichshofen unter dem einmütigen Beifall der Menge ein unbedingt festhalten der Reichsregierung an der feierlich gegebenen Zusage der Entente, das Selbstbestimmungsrecht zu wahren. Nun antwortete Reichsfinanzminister Dr. Schiffer.

Nach ihm sprach zu denen aus dem Sportplatz noch ein Offizier von einem Bruder der Reichslangier. Wir nehmen an, daß er die Polen usw. meinte, wenn er von Schändung der schwarzweißroten Fahne und von ihrer künftigen Reinigung sprach. Aber manche Redner sahen das als einen Lustspiel gegen die Revolution auf. Die schwarzweißrote Fahne gehört der Vergangenheit an, laßt sie ruhen!

Schwester, das rote Kreuz am Kermel, steht in dem Bezaubert vor dem Lager des jungen Soldaten, dem man ein Bein hat abnehmen müssen. Sie glaubt, er schlafe, aber der höllische Schmerz verdammt ihn trotz der Morphiumspritze keinen Augenblick der Ruhe. Er beschwört sie, ihm nicht allein zu lassen, mit dem Klang ihrer Stimme, dem heißen Druck der Finger auf die heiße Stirn ihm die Angst zu lindern. In mittlerischen Ritgeschritt bewegt sie sich zu ihm nieder; die magnetische Kraft ihrer Hände scheint den brennenden Wunden den ersehnten Schimmer zu spenden. Doch das Erwachen ist nur um so furchtbarer. Schreckliche Träume schütteln den Armen. Graulich erzählt er, wie er sich in widerstehlicher Flucht mit den abgehenden Stuppen seine letzten sah. Die Wut der Schmerzen, das Gefühl des völligen Alleinseins in der Welt, belästigt jede Selbstbeherrschung, jede Rücksicht in ihm nieder. Hierlos erträgt sich seine Klage vor der Fremden, die in unermüdlichem Erbarmen, jeder anderen Pflicht bergessend, bei ihm ausschilt. Symbolische Wendungen spielen hinein. Das Wort Golgatha wird laut und in einem Augenblick strahlt die Mitleidige wie im Glanze verzöglicher Verklärung. In dem, von einer inneren Entwicklungslinie, einer in bestimmter Richtung verlaufenden dramatischen Bewegung läßt sich nichts verpassen. So stellt dem Werk die Kraft des Fortschritts und der Spannung, die den Zuschauer für die Qual des Anblicks entschädigen könnte. Durch das Hineinziehen des Arztes, der den Kranken auf die Festigkeit so vieler anderen verweist, die gleiches Leiden schweigend tragen, die Gegenüberstellung seiner weitgehend scheinbaren Nähe und des fremden Mitleids der Krankenwache ist nur ein äußerer Schluß genommen, nicht einer, der aus wirklicher Bewegung herab, als ein Erlebnis dem Hörer an die Seele greifen könnte.

Die schlicht gedruckte und wirklich garke Güte der Schwester kam in dem Spiel Helene Burgerd rein und schön zum Ausdruck. Mit pathetischem Naturalismus gab ihr Partner Julius Schall die wechselnden Zustände und Erregungen des armen Kranken wieder. Den läßt verständigen Arzt repräsentierte Pfendsehl, Konrad Schmidt.

# Groß-Berlin

## Konferenz der Parteifunktionäre Berlins.

Am Sonntag fand im Sitzungssaal des Herrenhauses eine Konferenz der Parteifunktionäre Berlins (S. P. D.) statt. Sie wählte den Genossen Schlegel zum ersten und den Genossen Pailloch zum zweiten Vorsitzenden des Sozialdemokratischen Vereins Berlin. Dann wurde der folgende Antrag einstimmig angenommen:

Die Konferenz der Parteifunktionäre beauftragt den Vereinsevorstand, unverzüglich bei der Stadtverordnetenversammlung Schritte zu unternehmen, daß die demnächst aus dem Auslande zu erwartenden Lebensmittel zunächst der armen und der arbeitenden Bevölkerung zugute kommen.

Der in voller Höhe stehende Schleichhandel und die damit in Verbindung stehende wucherische Ausbeutung der Bevölkerung bedürfen, daß das bisherige Kontrollsystem bei der Lebensmittelverteilung gänzlich verfallen hat. Es muß dafür Sorge getragen werden, daß durch eine Umgestaltung des Lebensmittelkontrollsystems verhindert wird, daß Lebensmittel von Groß- und Kleinhändlern dem Schleichhandel zugewidmet werden. Aus diesen Gründen wird die Anstellung von Lebensmittelkontrolleuren aus den Reihen bewährter Parteifunktionäre und Parteigruppen gefordert, die mit amtlichen Befugnissen die Organisation der Lebensmittelverteilung zu überwachen haben. Desgleichen fordern wir, daß die Verteilung durch die Gemeinden erfolgt unter Beozugung der Konsumgenossenschaft und deren Anerkennung als Großhändler.

Genosse Ritter bemerkt, daß der Stadtverordnetenversammlung von der sozialdemokratischen Fraktion ein in der Hauptsache gleichzeitiger Antrag eingereicht ist.

Die Konferenz nahm Stellung zum Groß-Berliner Bezirksamte.

Nach einer Aussprache über den inneren Ausbau der Organisation und Belegung der Anstalten wurde beschlossen, beim Bezirksamte zu beantragen, daß der Monatsbeitrag um 1 Mk. für männliche, 60 Pf. für weibliche Mitglieder und das Eintrittsgeld auf 50 Pf. festgesetzt wird.

Außerhalb der Tagesordnung wurde die nachstehende, vom Vorstand eingebrachte Resolution ohne Debatte einstimmig angenommen:

Die Parteifunktionäre von Berlin bedauern auf das tiefste die Vorgänge, welche zum blutigen Bürgerkrieg geführt haben.

Die Hauptursache der Auseinandersetzungen bildeten zweifellos die politischen Versuche einer kleinen Minderheit, welche die Zeit für gekommen glaubte, um zur Durchführung ihrer Pläne die Macht an sich zu reißen. Diese Minderheit gefährdete dadurch die Errungenschaften der Revolution, sowie deren Weiterentwicklung. Die Verammlung erkläre in diesem Vorgehen eine schwere Gefahr für die arbeitende Bevölkerung und den Sozialismus. Sie verpflichtet sich, durch eifrigste Aufklärungsarbeit in Fabriken, Werkstätten und Büros dafür zu sorgen, daß solche Verhältnisse sich nicht wiederholen.

Die Parteifunktionäre verurteilen aber auch die Übergriffe von Regierungstruppen auf das Schiffe. Die Verammlung fordert strengste Untersuchung, ohne Ansehen der Person, um die Schuldigen dem Strafrichter zuzuführen. Von der Regierung und den nachgeordneten Stellen erwartet die Verammlung, daß möglichst schnell eine freie öffentliche Regelung aller sozialistischen Einrichtungen vorgezogen, sowie beschleunigte Sozialisierung durchgeführt wird. Allen reaktionären Widerständen muß unverzüglich Einhalt geboten werden.

Darauf folgte eine Aussprache über die am 30. d. M. stattfindende Arbeiterratswahl.

Im allgemeinen wurde betont, daß das Räteystem mit weitgehenden wirtschaftlichen Befugnissen versehen werden müsse. Darauf immer wieder hinzuwirken, sei notwendig, weil es von den Unabhängigen und Kommunisten so hingestellt werde, als ob unsere Partei gegen das Räteystem überhaupt kein Wort zu sagen habe. Bei dieser Frage eine klare Stellung nehmen. Das könne nur durch einen Parteitag geschehen, der bald einberufen werden müsse.

Dem in Weimar tagenden Parteiausschuß soll telegraphisch mitgeteilt werden, daß die Funktionärskonferenz die schnelle Einberufung eines Parteitages fordert.

Auf die Tagesordnung der nächsten Funktionärskonferenz soll ein Antrag gestellt werden, der den „Vorwärts“ verpflichtet, die Mittel der Regierung nur soweit zu unterstützen, als sie sozialistisch ist und Verbeinsetzte für Freiwilligenkorps nicht mehr aufzunehmen.

## Zur Arbeiterratswahl.

Zur Durchführung der bevorstehenden Ratswahl des Arbeiterrates für Groß-Berlin ist aus den Mitgliedern des Bezirksverbandes und des Provisionsvorstandes der S. P. D. Arbeiterrat ein Wahlausschuß gebildet worden, der heute, Montag, nachmittags 5 Uhr, im Saal 5 des ehemaligen Herrenhauses zusammentritt.

Die Adresse des Wahlausschusses ist Lindenstr. 3, II. Hof, 6 Treppen. Fernsprecher Moritzplatz 394, 11573, 9073. Die Aufstellung der Kandidatenliste findet in einer Funktionärssitzung statt, über die Näheres nach mitgeteilt wird.

Vorschläge für alle drei Kreise sind bis spätestens Mittwochnorgen an die Adresse des Wahlausschusses zu richten.

Der Bezirksvorstand: J. A.: Lademann.

## S. P. D. Soldaten-Räte.

Heute nachmittags 4 Uhr im Speisesaal des Herrenhauses: Fraktionsitzung. Fraktions-Vorstand, Ernst.

## Gemeindebeamte!

Heute Montag, abends 7 Uhr: Wichtige Versammlung Stadthalle, Eingang Klosterstraße.

## Gemeindevertreter von Groß-Berlin!

Heute Montag, abends 7 Uhr, im Plenarsaal des Herrenhauses, Leipziger Str. 3, Versammlung. Es wird ersucht, bestimmt und pünktlich zu erscheinen. J. A.: Ritter.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Berlin, 10. Abt. Morgen, Dienstag, abends 7 Uhr, im Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147.

10. Abt. Morgen, Dienstag, abends 7 Uhr, Kula Andreaspfah 1, Vortrag des Gen. Profat.

8. Abt. Morgen, Dienstag, abends 7 Uhr: Diszussionsabend im Herrenhaus, Leipziger Straße 3, Plenarsaal. Es spricht Genosse Walter Bepier über Revolution, Partei und Regierung. Alle Parteigenossen sind eingeladen. Legitimation: Mitgliedskarte.

Charlottenburg. Die S. P. D. Arbeiterräte treffen sich morgen, Dienstag, abends 8 Uhr, Ankerstr. 2, bei Brill.

Kreuznieder-Direkte 7 Uhr: Mitgliederversammlung bei Sobau, Besingstr. 124. Ueber „Die politische Lage“ spricht Genosse Emil Unger. Die Bezirksleitung.

# Theater.

## Rudolf Leonhard: Die Vorhölle.

Sonderaufführung der Dramatischen Gesellschaft im Kleinen Schauspielhaus.

Die Bühne ist an der Arbeit, den Krieg schonungslos zu liquidieren. Von den Gräulichkeiten der Schlachtfelder, auf denen Tausende verbluten, führt das Drama Rudolf Leonhards in die furchtbare Schmerzeshölle der Nazareth — zu den verstümmelten Opfern, die in der großen Einsamkeit des Leidens dem Tode über einem klaglichen Siedstum, das oft schmerzlicher als der Tod ist, entgegenstehen. Ein Bild der furchtbarsten menschlichen Not, das jedem all die Trostgründe, die die Frommen aus dem, was sie Gottes unerforschlichen Ratsschick nennen, und die Menschheitsgläubigen aus dem großen Gedanken einer auferstehenden Weltentwicklung schöpfen, verstummen. Ist jeder einzelne nicht eine ganze Welt für sich, mit dem Bewußtsein eigener unermesslicher Bedeutungslosigkeit und mit der eingeborenen Sehnsucht nach Harmonie und Glück? Kraft welcher Macht kann man von einem „Sinn“ und „Zweck“ des Ganzen sprechen, auf eine Weltvernunft vertrauen, die in den dunklen Wegen der Geschichte waltet, wenn doch die Einzelwesen selber, die Träger alles Fühlens, alles Denkens, sie, deren Geist das Denkgebilde eines solchen Fortschritts ist, so wehr- und schulplos jeder Strauchel der Schicksals ausgeliefert sind? Im Angesicht des Leidens, dem der noch Gesunde, der Strebende, der sich an die Gedankenklammer, die ihn in seinem Streben stützen können, so gern mit klüchtigen Blick vorwärtsschleudert, können die zurückgebrachten Zweifelstropfen des Pessimismus aus verzorgenen Abgrund unbemerkt immer wieder auf.

Im ein hoffnungsloses Leid im Lebensstern gebrochener Jugend und um das Mitleid, das sich daran entzündet, kreist mit jedem Beharren das Zwieseltum des Schicksals. Die Kranken-

Seitens der S. P. D. Arbeiterräte, Charlottenburg, für den letzten Teil des Jahres: Alfred Schick, Vorstand für Annerkennung Kreuzer-Block, Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag S. P. D. Berlin. Druck: Hermanns-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 2.

